



2020/25 Reportage

<https://jungle.world/artikel/2020/25/der-mischmasch-des-gedenkens>

In Tokio wird über einen Gedenkstein an das Kantō-Massaker im Yokoamichō-Park gestritten

Der Mischmasch des Gedenkens

Reportage Von **Gregor Wakounig**

Im Tokioter Yokoamichō-Park wird seit 1930 der Opfer des großen Erdbebens von 1923 gedacht, seit 1951 auch jener, die bei den US-amerikanischen Luftangriffen auf Tokio im Zweiten Weltkrieg ums Leben kamen. Ein Gedenkstein, der erst 1973 errichtet wurde, erinnert an das sogenannte Kantō-Massaker von 1923, das schlimmste Pogrom des 20. Jahrhunderts in Japan.

Es ist ein opulenter Anblick, den die Gedenkstätte im Yokoamichō-Park bietet. Eine riesige buddhistische Gedenkhalle, umgeben von allerlei kleineren Statuen, einem Museum und weiteren Gebäuden. Bis 1922 nutzte die japanische Armee die Gebäude als Uniformlager, sie dienten so auch dem japanischen Kolonialregime. Wer aber denkt, die Gedenkanlage würde diese problematische Geschichte des Parks aufarbeiten, liegt falsch. Gedacht wird hier in erster Linie zweier Ereignisse, die historisch nur wenig miteinander zu tun haben: zum einen der Opfer des Großen Kantō-Erdbebens, das am 1. September 1923 Tokio und die umliegende Region Kantō verwüstete und 140 000 Menschenleben kostete. Nicht die Erschütterungen waren es, die die meisten Todesopfer forderten, sondern der dem Erdbeben folgende Feuersturm, der die größtenteils aus Holzhäusern bestehende Stadt erfasste. Zweitens gedenkt man hier derer, die mehr als 20 Jahre später bei den US-amerikanischen Luftangriffen auf das faschistische Japan umkamen. Was die beiden Ereignisse historisch verbindet, ist lediglich, dass, während die Stadt in Flammen stand, Tausende im Park Zuflucht suchten. Von der Kriegsschuld Japans und des Tennō-Faschismus, die letztlich erst zu den Luftangriffen führten, ist in der 1930 eröffneten und 1951 um das Kriegsthema erweiterten Gedenkanlage kein Wort zu lesen und zu hören. Man ist Opfer.

Am Tag des Erdbebens in Tokio und Umgebung kamen Gerüchte über plündernde Horden koreanischer Arbeiter auf. Daraufhin machte ein Mob aus einfachen Bürgern, rechtsextremen Freischärlern, Polizisten und Soldaten systematisch Jagd auf alle, die ihnen als Koreaner galten.

Wie ein Fremdkörper wirkt da ein erst 1973 auf Initiative von Opferverbänden und linken Gruppen und Parteien errichteter Gedenkstein, der in Größe und Auffindbarkeit den Prunkbauten im japanisch-imperialen Baustil erheblich nachsteht. Auf Hinweistafeln im Park ist nur von einem »Gedenkstein für die koreanischen Erdbebenopfer« die Rede. Auch die Homepage des Yokoamichō-Parks bleibt vage: »Im Chaos des Erdbebens wurden durch Manipulation und Gerüchte Nordkoreaner ihres Lebens beraubt.«

Wovon die Rede ist, erhellt erst ein Blick auf die etwas im Verborgenen liegende, zum Gedenkstein gehörende Erklärungstafel. Es handelt sich um das sogenannte Kantō-Massaker, das schlimmste Pogrom des 20. Jahrhunderts in Japan, dem fast 6 000 in Japan lebende Koreaner sowie einige Hundert Chinesen zum Opfer fielen. Bereits am Tag des Erdbebens kamen Gerüchte über plündernde Horden koreanischer Arbeiter auf. Im Zuge der folgenden drei Wochen machte ein Mob, bestehend aus einfacher Bürgern, *Jikeidan* genannten rechtsextremen Freikorps-Angehörigen, Polizisten und Soldaten, systematisch Jagd auf alle, die ihnen als Koreaner galten. Dies betraf auch Chinesen sowie Japaner aus Provinzen, in denen für Tokioter kaum verständliche Dialekte oder etwa auch Sprachen des Ryukyu-Archipels gesprochen wurden. Polizei und Armee machten auf der Straße kurze Sprachtests. Kam die Aussprache dem nahe, was als japanischer Standard galt, durfte man gehen, wenn nicht, wurde man erschossen.



Nur ein kleiner Hinweis auf das Denkmal für koreanische Opfer: Wegweiser und Erklärungstafel im Yokoamichō-Park

Bild:
 Gregor Wakounig

Auch für zahlreiche japanische Linke bedeutete das Pogrom den Tod. Das japanische Regime entledigte sich ihrer unter dem Vorwurf, inmitten der Wirren nach dem Erdbeben die Menschen zu Unruhen angestiftet zu haben. Linke wurden festgenommen, exekutiert und danach gemeinsam mit den Leichen Hunderter ermordeter Koreaner und Chinesen in den Abwasserkanal des Flusses Arakawa geworfen. Dass die Gerüchte über plündernde Koreaner falsch waren, war den japanischen Behörden von Anfang an klar. Der Wille, das Morden zu stoppen, fehlte jedoch.

Das Kantō-Massaker gilt heute gemeinhin als Vorstufe dessen, was der japanische Imperialismus nur wenige Jahre später für Hunderttausende Bewohner der kolonisierten Länder bedeutete: Rassismus, Folter, Zwangsarbeit und Mord. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Kantō-Massaker in Japan größtenteils totgeschwiegen. Es gibt in der Region Kantō, einem Großraum, in dem etwa 30 Millionen Menschen leben, nur fünf Gedenkstätten, jeweils separate für die koreanischen und linken Opfer. Der chinesischen Opfer wird nirgends gedacht. Allen Gedenkortern gemein ist, dass sie nicht etwa auf öffentlichem Grund, sondern innerhalb buddhistischer Tempel- oder Grabanlagen stehen. Keinem der Gedenksteine, mit Ausnahme dessen im Yokoamichō-Park, ist eine Erklärung des geschichtlichen Kontexts beigefügt. Sie gleichen eher unpolitischen, religiösen Gräbern als Mahnmalen. Nur bei den Gedenkfeiern wird der geschichtliche Kontext klar benannt, wenn etwa Opferverbände temporäre Gedenktafeln aus Pappe aufstellen und Reden gehalten werden.

Eine solche Gedenkfeier findet seit 1973 jährlich am 1. September auch im Yokoamichō-Park statt. Organisiert wird sie von der Japanisch-Koreanischen Vereinigung, einer Organisation der entweder durch Arbeitsmigration oder Verschleppung zu Kolonialzeiten in Japan ansässigen koreanischen Minderheit. Bis 2016 war es üblich, dass die Stadt Tokio Grußworte an die Gedenkfeier schickte. Im Jahr 2017 verweigerte die Gouverneurin Yuriko Koike dieses Grußwort das erste Mal. In der Gedenkanklage werde sowieso schon aller Erdbebenopfer gedacht, sagte sie, da brauche es nicht noch eine eigene Feier für die Koreaner.



Lasst Blumen sprechen: Denkmal für die Toten der US-amerikanischen Luftangriffe auf Tokio

Bild:

Gregor Wakounig

»Es handelte sich hier doch nicht um eine einfache Naturkatastrophe. Hier sind Menschen von Menschen ermordet worden!« Mit diesen Worten kritisierte Yasuhiko Miyagawa von der Japanisch-Koreanischen Vereinigung bei der Gedenkfeier 2017 die Verweigerung der Grußworte. Eine Sammlung von rund 8 500 Unterschriften sowie Proteste linker Gruppen sorgten für weitere mediale Aufmerksamkeit. Dadurch nahmen erstmals mehr als 500 Menschen an der Gedenkveranstaltung teil. Mit dem Sozialdemokraten Murayama Tomiichi und dem Linksliberalen Yukio Hatoyama sandten 2017 auch zwei ehemalige Ministerpräsidenten ihre Grußworte.

Unterstützung erhielt Tokios Gouverneurin ab 2017 auch von ganz weit rechts. Die extremistische Gruppe *Soyokaze* (Lufthauch) organisiert jährlich gleichzeitig mit der Gedenkveranstaltung für die koreanischen Opfer eine eigene Kundgebung im Yokoamichō-Park. Man wolle der »japanischen Erdbebenopfer« gedenken, so der offizielle Wortlaut. Aufnahmen von der rechtsextremen Kundgebung aus dem Jahr 2019 zeigen aber, dass Banner das Kantō-Massaker als antijapanische Lüge bezeichneten. In einem Redebeitrag sagte der rechte Historiker Kazuo Satō: »Der enorme Schaden entstand durch die Brände, welche die Koreaner legten, um die Spuren ihrer Plünderungen zu verwischen.« Ein anderer Redner schwadronierte über die »erfundene Geschichte der von Deutschland umgebrachten sechs Millionen Juden«.

Dieses Jahr entzog die Stadtverwaltung der Japanisch-Koreanischen Vereinigung die Genehmigung der Gedenkveranstaltung. Die gleichzeitige Benutzung des Parks durch zwei Gruppen führe zu Belästigungen wie etwa Ruhestörung. Man forderte sowohl von den Rechtsextremisten der *Soyokaze* als auch von der Japanisch-Koreanischen Vereinigung eine schriftliche Zusicherung, etwa auf Lautsprecher zu verzichten und die Teilnehmerzahl niedrig zu halten. Auf diese Forderungen wollte die Japanisch-Koreanische Gesellschaft nicht eingehen. *Soyokaze* versicherte daraufhin freilich, dass man sich an die Vorgaben der Stadt halten wolle. »Es ist zwar nur ein erster Schritt, aber von nun an wird in diesem Park, der 40 Jahre lang ein Ort des linken Diskurses war, endlich auch eine zweite Meinung vertreten sein«, so *Soyokaze*, wohl in der Annahme, dass man dort in Zukunft den Holocaust ungestört wird leugnen können.

Das Kantō-Massaker von 1923 gilt heute als Vorstufe dessen, was der japanische Imperialismus wenige Jahre später für Hunderttausende Bewohner der kolonisierten Länder bedeutete: Rassismus, Folter, Zwangsarbeit und Mord.

Am 22. Mai demonstrierten daher etwa 100 Antifaschisten gemeinsam mit der Japanisch-Koreanischen Vereinigung vor dem Tokioter Rathaus. In Reden und auf Plakaten wurde die Gouverneurin Koike als Rassistin und Revisionistin bezeichnet. Diese war im Jahr 2010 als Rednerin bei einer *Soyokaze*-Veranstaltung aufgetreten, damals noch als Mitglied der konservativen Regierungspartei LDP. Zudem ist *Soyokaze* Mitglied des rechtsextremen Gruppenkollektivs »Konservative in Aktion«, dessen wohl bekanntester Teil die *Zaitokukai* beziehungsweise deren Nachfolgeorganisation, die Japan First Party, ist. 2013 marschierte die *Zaitokukai* regelmäßig durch Tokios *Koreatown* Shin-Ōkubo. Dabei kam es zu gewalttätigen Angriffen von Faschisten auf Angehörige der Zainichi genannten koreanischen Minderheit.

Als Makoto Sakurai, der Anführer der *Zaitokukai*, 2016 erstmals zu den Tokioter Gouverneurswahlen antrat, errang er zwar nur 1,7 Prozent der Wählerstimmen, das sind aber immerhin 114 000 Tokioter, die Aufrufe zu Genozid und Holocaustleugnung goutierten. »Bei Auktionen sind Bilder aufgetaucht, auf denen Hitler Jüdinnen umarmt. Die Gleichung Hitler = Judenhasser ist falsch. Letztlich wird die Geschichte von den Siegern geschrieben«, so Sakurai in einem Tweet 2018. Der Stimmenanteil wäre wahrscheinlich noch größer ausgefallen, hätte nicht ein Teil der japanischen extremen Rechten zur Wahl Koikes aufgerufen. So etwa die Ortsgruppe Chiba der *Nippon Kaigi* (Japan-Konferenz), eines japanweit agierenden Netzwerks rechtsextremer Politiker und Intellektueller. Die Gruppe versicherte zwar, sie befinde sich ideologisch auf Sakurais Linie, seine Kandidatur sei aber aussichtslos, weswegen man für Koike stimmen solle. Diese war nachweislich bis 2016 Beraterin der *Nippon Kaigi*, bis heute werden ihr enge Verbindungen zu dieser oft als japanische Schattenregierung oder auch als klerikalfaschistischer Kult bezeichneten Organisation nachgesagt. Die Hauptforderung dieser 1997 als rechtsextremes Sammelbecken gegründeten Organisation ist eine weitreichende Änderung der nach der Kapitulation auf Druck der USA im Jahr 1946 beschlossenen Verfassung, die als eine von den US-Besatzern aufgezwungene betrachtet wird und durch eine »typisch japanische« ersetzt werden soll.

Wenn es nicht gerade um koreanische Pogromopfer geht, nimmt Koike durchaus gern an Gedenkveranstaltungen teil. So etwa jährlich am 15. August, dem Tag der Kapitulation Japans im Zweiten Weltkrieg, im Yasukuni-Schrein. Dieser gilt als Japans größte rechte Pilgerstätte, keine Seltenheit sind Besuche von in- und ausländischen rechten Politikern, die Seite an Seite mit militanten Neofaschisten in Uniform stehen. Im Schrein selbst wird der japanische Tennō-Faschismus verherrlicht, die japanische Kriegsschuld geleugnet und Kriegsverbrechern gehuldigt. Es ist also nicht sehr wahrscheinlich, dass Koike ihre Haltung zur Gedenkveranstaltung für das Kantō-Massaker in naher Zukunft ändern wird.